

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Kreistages  
des Landkreises Osterode am Harz in der Wahlperiode 2006/2011  
am 17. November 2008, 15.00 Uhr,  
im Forum der Berufsbildenden Schulen II,  
An der Leege 2 b, 37520 Osterode am Harz

Anwesend:

Mitglieder des Kreistages

Landrat Bernhard Reuter und  
die Kreistagsabgeordneten

Wilhelm Berner, Osterode am Harz  
Werner Bruchmann, Bad Sachsa  
Wolfgang Dervedde, Osterode am Harz  
Hans-Jürgen Gückel, Herzberg am Harz  
Christa Hartz, Herzberg am Harz  
Hans-Jürgen Hausemann, Bad Sachsa  
Karl-Heinz Hausmann, Osterode am Harz  
ab TOP 3  
Edgar Hopfstock, Wieda  
Manfred Keimburg, Osterode am Harz  
Helga Klages, Osterode am Harz  
- Vorsitzende -  
Rosita Klenner, Walkenried  
Andreas Körner, Bad Lauterberg im Harz  
- stellv. Vorsitzender -  
Henning Kruse, Wulften am Harz  
Barbara Lex, Windhausen  
Klaus Liebing, Bad Sachsa  
Herbert Lohrberg, Eisdorf  
Helga Meyer, Herzberg am Harz  
Marianne Niederheide, Osterode am Harz  
Lutz Peters, Herzberg am Harz  
bis TOP 9

Klaus Posselt, Herzberg am Harz  
Barbara Rien, Bad Lauterberg im Harz  
Raymond Rordorf, Osterode am Harz  
Gerd Schirmer, Hattorf am Harz  
Reinhard Schmitz, Herzberg am Harz  
Uwe Schrader, Osterode am Harz  
Ulrich Schramke, Herzberg am Harz  
Frank Seeringer, Osterode am Harz  
Regina Seeringer, Osterode am Harz  
bis TOP 9  
Hermann Seifert, Bad Sachsa  
bis TOP 14  
Eberhard Siegler, Osterode am Harz  
Erich Sonnenburg, Badenhausen  
Peter Stecher, Bad Sachsa  
Holger Thiesmeyer, Bad Lauterberg im Harz  
Manfred Thoms, Hattorf am Harz  
Susanne Voigt, Badenhausen  
Fritz Vokuhl, Bad Lauterberg im Harz  
Karin Wode, Elbingerode  
Walter Zietz, Bad Lauterberg im Harz

Von der Verwaltung

Erster Kreisrat Gero Geißleiter  
Kreisoberamtsrat Michael Bührmann  
Kreisoberamtsrat Siegfried Pfister  
Kreisamtmann Jörg Schattenberg - als Protokollführer -  
Referendarin Carolin Julia Meyer

Es fehlen entschuldigt  
die Kreistagsabgeordneten

Ulrich Kamphenkel, Wieda  
Herbert Mische, Walkenried  
Eike Röger, Bad Lauterberg im Harz  
Günter Wellerdick, Herzberg am Harz

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet um 15.10 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden, besonders Samtgemeindebürgermeister Harald Dietzmann, die Mitglieder der Personalvertretung der Kreisverwaltung sowie den Vertreter der Presse.

Sodann stellt die Vorsitzende die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Der Abg. Rordorf beantragt namens der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Punkt 10 „Satzung über die Bildung und Tätigkeit des Beirats für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Osterode am Harz“ der vorgesehenen Tagesordnung zu vertagen und nochmals im Kreisausschuss zu behandeln. Er führt aus, in dieser Angelegenheit bestehe noch weiterer Beratungsbedarf.

Dem Antrag wird einstimmig entsprochen.

Sodann stellt der Kreistag folgende

T a g e s o r d n u n g

fest:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 15. Sept. 2008
4. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten
5. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Ko-Finanzierung von EU-geförderten Investitionsmaßnahmen;  
Antrag der Gemeinde Elbingerode vom 20. Juni 2008
6. Sechste Änderungsverordnung zur Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen der Unternehmer im Landkreis Osterode am Harz
7. Rettungsdienst;  
7. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes
8. Jagdrecht;  
Erhöhung der Jagdsteuer von 13,5% auf 15%
9. Abfallwirtschaft;
  - a) Kalkulation der Abfallgebühren für das Jahr 2008
  - b) Einführung der Blauen Tonne für Altpapier
  - c) Dreizehnte Nachtragssatzung zur Abfallsatzung für den Landkreis Osterode am Harz
  - d) Elfte Nachtragssatzung zur Abfallgebührensatzung für den Landkreis Osterode am Harz
10. Entgelte für das ZisterzienserMuseum Kloster Walkenried;  
Einführung der Niedersächsischen Ehrenamtskarte und der HarzCard
11. Satzung über die Gemeinnützigkeit des HöhlenErlebnisZentrums Iberger Tropfsteinhöhle
12. Antrag des Abg. Hausemann;  
Sozialtarif für Stromkunden
13. Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2009
14. Anfragen und Mitteilungen
15. Einwohnerfragestunde

Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 15. Sept. 2008

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 15. Sept. 2008 wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 4:

Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

1. Ausbildungsplatzinitiative

Der Landrat berichtet über die bereits seit einigen Jahren laufende Ausbildungsplatzinitiative des Landkreises Osterode am Harz. Hierbei werden die Schulabgänger auf freiwilliger Basis befragt, ob sie im Anschluss an die Schulausbildung in eine Ausbildungsstelle wechseln, direkt einen Beruf ergreifen, eine weitere schulische Ausbildung oder ein Studium anschließen oder Wehr- bzw. Zivildienst leisten. Die Daten der unversorgten Bewerber werden mit deren Einverständnis an die örtlichen Dachverbände der Arbeitgeber weitergegeben, um ggf. auf diesem Wege einen Berufseinstieg zu vermitteln. Die nachfolgenden Ergebnisse konnten erreicht werden:

	Schulabgänger insgesamt	Unversorgte Bewerber		
		1. Abfrage Mitte April	2. Abfrage September	individuelle Nachfrage
2001	1.060	207 (19,5 %)	109 (10,3 %)	23 (2,1 %)
2002	1.057	265 (25,0 %)	74 (7,0 %)	15 (1,4 %)
2003	1.084	221 (20,3 %)	42 (3,8 %)	9 (0,8 %)
2004	1.374	330 (24,0 %)	86 (6,2 %)	16 (1,1 %)
2005	1.395	371 (26,7 %)	94 (6,7 %)	15 (1,0 %)
2006	1.385	337 (24,3 %)	138 (9,9 %)	20 (1,4 %)
2007	1.217	371 (30,4 %)	104 (8,5 %)	8 (0,6 %)
2008	1.192	348 (29,1 %)	69 (5,7 %)	14 (1,1 %)

2. Deutschland - Land der Ideen

Am 23. Nov. 2008 wird in den Leitmedien (u.a. Welt am Sonntag, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Bild am Sonntag, Der Spiegel) eine Anzeige zur Aktion „Deutschland - Land der Ideen“ erscheinen, wobei das HöhlenErlebnisZentrum unter den fünf explizit genannten Werbeträgern aufgeführt ist.

Seit 2006 führt die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ den Wettbewerb unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler gemeinsam mit der Deutschen Bank durch. Mit jedem Jahr wächst so das bundesweite Netzwerk der „Ausgewählten Orte“, die mit Kreativität, Know-how und Leidenschaft Deutschland zum Land der Ideen machen. Aus mehr als 2.000 eingereichten Bewerbungen von Unternehmen, Forschungsinstituten, Kunst- und Kultureinrichtungen, sozialen Projekten und Initiativen hat die 18-köpfige Jury die Sieger in sieben Kategorien ausgewählt.

Die 365 Sieger 2009 im Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ stehen fest. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009 wird jeden Tag ein anderer Preisträger, seine innovativen Ideen jeweils mit einer individuellen Veranstaltung der Öffentlichkeit vorstellen. Für den Landkreis Osterode am Harz wird sich das HöhlenErlebnisZentrums Iberger Tropfsteinhöhle am 14. März 2009 einbringen.

### 3. Sporthalle Badenhausen

Der Landrat führt aus, dass es über den Zeitpunkt der Schließung der Sporthalle in Badenhausen offensichtlich Irritationen gegeben habe. In einem gemeinsamen Gespräch haben sich der Landkreis Osterode am Harz und die Samtgemeinde Bad Grund über die Schließung der kleinen Sporthalle in Badenhausen verständigt. Der Termin für die Schließung der kleinen Halle soll aber vom 31. Jan. 2009 auf das Ende des Schuljahres zum 31. Juli 2009 verschoben werden, um allen Beteiligten einen besseren Übergang zu ermöglichen. Die Samtgemeinde Bad Grund (Harz) wird die Zeit nutzen, um bis dahin für die Vereine im Samtgemeindegebiet ein neues Nutzungskonzept auszuarbeiten.

Die Abg. Voigt, Rordorf und R. Seeringer führen an, dass über eine vorgesehene Schließung der Sporthalle im Schulausschuss debattiert worden sei, ihrer Auffassung nach aber kein Beschluss gefasst wurde.

Der Landrat erläutert, dass aufgrund der demographischen Entwicklung in der Samtgemeinde, keine sachliche Rechtfertigung mehr besteht, an der Haupt- und Realschule in Badenhausen zwei Sporthallen vorzuhalten. Aus diesem Grund seien auch bereits im Haushaltsplan 2008 veranschlagte Mittel in Höhe von 110.000 € im Rahmen des Nachtrags 2008 wieder gestrichen worden. Diese Entscheidung sei vom Kreistag gefasst worden. Bei der Umsetzung der Schließung handele es sich aber um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, für das kein Kreistagsbeschluss erforderlich sei.

Der Abg. F. Seeringer weist darauf hin, dass die CDU-Kreistagsfraktion dem Haushalt, und damit auch der Schließung der Sporthalle, nicht zugestimmt habe.

Auf die Frage der Abg. R. Seeringer, ob das Thema nochmals im Schulausschuss behandelt werde, erwidert der Landrat, dass im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen auch dieser Punkt erfasst sei.

### 4. Brückenbauarbeiten in Sieber

Der Landrat berichtet, dass er mit der Landesstraßenbaubehörde ein Gespräch geführt und deutlich gemacht habe, dass eine Sperrung der Straßenverbindung in den Harz bis ins Frühjahr Jahr 2009 nicht akzeptabel sei. Im Ergebnis sei zugesichert worden, bis Mitte Dezember 2008 eine Behelfsbrücke über die Kulmke zu errichten.

Es ergibt sich eine kurze Aussprache über mögliche negative Auswirkungen der Brückenbauarbeiten, an der sich die Abg. Meyer und der Landrat beteiligen.

Punkt 5:

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Ko-Finanzierung von EU-geförderten Investitionsmaßnahmen;  
Antrag der Gemeinde Elbingerode vom 20. Juni 2008

- Drucksache Nr. 135 -

Der Abg. Thoms führt aus, dass die vom Kreistag erlassene Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Ko-Finanzierung von EU-geförderten Investitionsmaßnahmen u.a. die kreisweite Bedeutung der beantragten Maßnahme als Zuwendungsvoraussetzung nennen. Er würdigt das Engagement der Gemeinde Elbingerode ausdrücklich, kann aber die kreisweite Bedeutung der Maßnahme nicht erkennen. Er fürchtet bei einer „wohlwollenden“ Auslegung der Richtlinie einen Präzedenzfall zu schaffen, der eine sachgerechte Behandlung zukünftiger Zuwendungsanträge unmöglich mache. Für die SPD-Kreistagsfraktion kündigt er die Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

Die Abg. Wode gibt wirbt für eine Zustimmung zu dem Antrag der Gemeinde Elbingerode, indem sie die Entwicklung der Maßnahmen, die von der örtlichen Gemeinschaft erbrachten Vorleistungen und die Bedeutung der beantragten Zuwendung für deren Realisierung darstellt. Abschließend stellt sie den Antrag, die Förderung lediglich für die in der Vorlage unter den Nrn. 1. und 2. dargestellten Maßnahmen zu beschließen.

Es ergibt sich eine kontroverse Aussprache zur kreisweiten Bedeutung der beantragten Maßnahmen, an der sich die Abg. Meyer, Seifert, Rordorf, Peters, Körner und Schmitz beteiligen.

Die Vorsitzende lässt über den

Antrag

der Abg. Wode

abstimmen.

(Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür und  
22 Gegenstimmen)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Sodann fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Antrag der Gemeinde Elbingerode auf Gewährung einer Zuwendung in Höhe von 12.885,26 € wird abgelehnt.

(Abstimmungsergebnis: 22 Stimmen dafür,  
16 Gegenstimmen und  
1 Stimmenthaltung)

Punkt 6:

Sechste Änderungsverordnung zur Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen der Unternehmer im Landkreis Osterode am Harz

- Drucksache Nr. 139 -

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die der Vorlage beigefügte Sechste Änderungsverordnung zur Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen der Unternehmer im Landkreis Osterode am Harz vom 24. Juni 1985.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 7:

Rettungsdienst;  
7. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes

- Drucksache Nr. 141 -

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte 7. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 8:

Jagdrecht;  
Erhöhung der Jagdsteuer von 13,5% auf 15%

- Drucksache Nr. 142 -

Der Abg. Thoms weist darauf hin, dass bei der Jägerschaft kein Verständnis für die Anhebung der Jagdsteuer vorliege. Auch die SPD-Kreistagsfraktion halte die Steuer grundsätzlich für überflüssig, wobei aber ein finanzieller Ausgleich durch das Land erforderlich sei. Die Argumente für und gegen eine Anhebung der Jagdsteuer seien bekannt und ausreichend diskutiert worden. Da aber die Verpflichtung für den Landkreis Osterode am Harz bestehe, in Anbetracht seiner finanziellen Lage alle Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen, sei eine Anhebung auf den Landesdurchschnitt derzeit nicht zu vermeiden. Abschließend würdigt er nochmals ausdrücklich die Leistungen der Jägerschaft für die Allgemeinheit und weist auf die angekündigte Absenkung der Gebühren für die Trichinenbeschau hin.

Der Abg. Rordorf erinnert daran, dass die Jagdsteuer gesetzlich vorgesehen sei und die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes zu einer Anhebung der Steuer verpflichte. Die Höhe der Anpassung bezeichnet er als maßvoll.

Der Abg. Körner führt aus, dass nicht die absolute Höhe der Anhebung Anlass zu Kritik biete, sondern die Maßnahme überhaupt. Die Erhöhung der Jagdsteuer stelle für die Betroffenen eine Strafe für ihr ehrenamtliches Engagement dar, und er nennt Beispiele für das Wirken der Jägerschaft. Abschließend weist er darauf hin, dass es nicht um eine Erhöhung um 1,5 % gehe, sondern dass diese 1,5 %-Punkte eine absolute Erhöhung um 10 % darstellen.

Der Abg. Seifert äußert, dass allein das Vorhandensein einer Steuer nicht als deren Daseinsberechtigung herangezogen werden könne. Er vertritt den Standpunkt, dass die Jagdsteuer als Bagatellsteuer abzuschaffen sei und durch das Land ein finanzieller Ausgleich zu schaffen sei.

Die Abg. Meyer kündigt eine Initiative zur Abschaffung der Jagdsteuer auf Landesebene an.

Sodann fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Vierte Nachtragsatzung zur Jagdsteuersatzung.

(Abstimmungsergebnis: 22 Stimmen dafür,  
15 Gegenstimmen und  
2 Stimmenthaltungen)



Punkt 9:

Abfallwirtschaft;

- a) Kalkulation der Abfallgebühren für das Jahr 2009
- b) Einführung der Blauen Tonne für Altpapier
- c) Dreizehnte Nachtragssatzung zur Abfallsatzung für den Landkreis Osterode am Harz
- d) Elfte Nachtragssatzung zur Abfallgebührensatzung für den Landkreis Osterode am Harz

- Drucksache Nr. 143 -

Der Abg. Thoms führt aus, dass in den vergangenen Jahren aus Rücksicht auf den Industriestandort Osterode am Harz auf Gebührenerhöhungen verzichtet worden ist. Wegen der zurückgehenden Abfallmengen entstünden aber jetzt Mindereinnahmen, die nicht durch andernorts vorhandene Überschüsse auszugleichen seien. Aufgrund der Steigerung der Kosten bei Energie und Personal sowie der allgemeinen Preissteigerung und der Verpflichtung, ausreichende Entsorgungskapazitäten vorzuhalten, hält er die vorgeschlagene Gebührenerhöhung für nachvollziehbar, maßvoll und unabweisbar. Für die SPD-Kreistagsfraktion kündigt er die Zustimmung zu der von der Verwaltung erarbeiteten Beschlussvorlage an.

Der Abg. Schirmer bezeichnet die vorgeschlagene Gebührenerhöhung als Teil einer unendlichen Geschichte. Die CDU-Kreistagsfraktion habe bereits in der Vergangenheit deutlich gemacht, den eingeschlagenen Entsorgungsweg nicht mitzutragen. In der Kalkulation sieht er das Risiko von Mehrausgaben in Höhe von 300.000 € für das Jahr 2010. Das Abfallwirtschaftskonzept hält er für überarbeitungsbedürftig. Er kündigt an, dass die CDU-Kreistagsfraktion der Kalkulation der Abfallgebühren für das Jahr 2009 und der Elften Nachtragssatzung zur Abfallgebührensatzung für den Landkreis Osterode am Harz nicht zustimmen werde.

Die Abg. Meyer weist darauf hin, dass die Abnahme der mechanisch-biologischen Restabfallbehandlungsanlage (MBA) vom Herbst 2008 auf den 31. Jan. 2009 verschoben worden sei und dass die auf der Deponie in Hattorf am Harz zwischengelagerten Abfallmengen dort verbleiben dürfen. Sie hebt hervor, dass der Wettbewerb auf dem Altpapiermarkt zur Einführung der Blauen Tonne geführt habe und regt abschließend eine Überarbeitung der Abfallsatzung an. Für die FDP-Kreistagsfraktion kündigt sie die Zustimmung zu den Beschlussvorschlägen an.

Der Abg. Gückel fragt,

- a) wie sich die Nachfrage bezüglich der 28-tägigen Abfuhr entwickelt hat,
- b) warum eine geringere Anzahl an Blauen Säcken kalkuliert wird und
- c) wie sich der Abnahmepreis für Altpapier entwickelt.

KOAR Bührmann antwortet:

- a) Die 28-tägige Abfuhr wird sehr selten nachgefragt (unter 1% der Haushalte).
- b) Da bereits im vergangenen Jahr weniger Blaue Säcke gekauft worden sind, hat man auf die sinkende Nachfrage bereits bei der Kalkulation reagiert.
- c) Ein früher realistischer Preis von 90 €/Mg ist nicht mehr zu erreichen. Derzeit liegt der Preis bei 45 €/Mg. In der Kalkulation ist man von einem sich wieder erholenden Markt und einem Preis von 80 €/Mg ausgegangen.

Der Abg. F. Seeringer weist darauf hin, dass die Blaue Tonne lediglich alle vier Wochen abgeholt wird und nicht wie die bisherige Altpapierabholung alle zwei Wochen. Er fragt, ob sich nicht eingesparte Abfuhrkosten in der Kalkulation niederschlagen müssten.

KOAR Bührmann erläutert, dass hier keine realen Einsparungen vorliegen, da die bisherige Abholung zusammen mit dem Restmüll erfolgt ist und die Blaue Tonne als Komplettangebot in der Abschreibung enthalten ist.

Der Abg. Hausemann berichtet über einen Artikel in der Frankfurter Neuen Presse. Nach einer Studie werde Müll als Energieträger immer wertvoller, so dass irgendwann die kostenfreie Abholung erfolgen müsste.

Zu einer Frage des Abg. Schmitz bezüglich der Gebührenkalkulation für Bodenaushub und Bauschutt erläutert KOAR Bührmann, dass man sich bis heute auf dem Niveau von 2005 gehalten habe, um die örtliche Baukonjunktur zu unterstützen. Daneben bestand für den Wegebau auf der Deponie ein entsprechender Eigenbedarf.

Sodann fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

a) Der Kreistag nimmt die in der Vorlage dargestellte Gebührenkalkulation für das Jahr 2009 zustimmend zur Kenntnis.

(Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür und  
13 Gegenstimmen)

b) Der Kreistag beschließt die flächendeckende Einführung der Blauen Tonne für die Erfassung von Altpapier und Verkaufsverpackungen aus Papier und Kartonagen im Landkreis Osterode am Harz.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

c) Der Kreistag beschließt die der Vorlage beigefügte Dreizehnte Nachtragssatzung zur Abfallsatzung für den Landkreis Osterode am Harz.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

d) Der Kreistag beschließt die der Vorlage beigefügte Elfte Nachtragssatzung zur Abfallgebührensatzung für den Landkreis Osterode am Harz.

(Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür und  
13 Gegenstimmen)

Punkt 10:

Entgelte für das ZisterzienserMuseum Kloster Walkenried;  
Einführung der Niedersächsischen Ehrenamtskarte und der HarzCard

- Drucksache Nr. 145 -

Beschluss:

Der Entgelttarif für den ermäßigten Eintritt in das ZisterzienserMuseum Kloster Walkenried wird ab sofort um den Punkt „Ehrenamtskarte“ ergänzt. Weiterhin wird die Ticketkategorie „HarzCard“ eingeführt.

ERMÄSSIGT Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre, Studierende, Auszubildende, Behinderte, Arbeitslose, Ehrenamtskarte		4,00 €
HarzCard		Eintritt frei

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 11:

Satzung über die Gemeinnützigkeit des HöhlenErlebnisZentrums  
Iberger Tropfsteinhöhle

- Drucksache Nr. 146 -

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Satzung für steuerbegünstigte Betriebe gewerblicher Art juristischer Personen des öffentlichen Rechts - HöhlenerlebnisZentrum Iberger Tropfsteinhöhle.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 12:

Antrag des Abg. Hausemann;  
Sozialtarif für Stromkunden

Der Landrat erläutert, dass der Antrag des Abg. Hausemann auf Einführung eines Sozialtarifs für Stromkunden mit Datum vom 28. Okt. 2008 am Montag, dem 3. Nov. 2008, beim Landkreis Osterode am Harz eingegangen ist.

Der Antrag ist für die Aufnahme auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 17. Nov. 2008 fristgerecht eingegangen.

Für die Beteiligung von Fachausschüssen (der Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration hat am 5. Nov. 2008 getagt) war eine fristgerechte Ladung nicht mehr möglich, so dass eine fachgerechte Behandlung und Vorbereitung nicht erfolgen konnte. Der Antrag ist zunächst in den Fachausschuss und zur Vorbereitung in den Kreisausschuss zu verweisen.

Gegen die Verweisung in die Fachausschüsse erhebt sich kein Widerspruch.

Punkt 13:

Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2009

Der Landrat bringt den Haushaltsplanentwurf 2009 mit einer ausführlichen Rede in den Kreistag ein.

- Die Haushaltsrede ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. -

Der Entwurf des Haushaltsplans, der Vorbericht einschl. Haushaltssicherungskonzept sowie die Erläuterungen zum Stellenplan werden den Abgeordneten am Schluss der Sitzung überreicht.

Punkt 14:

Anfragen und Mitteilungen

1. Sachstand NORD/LB

In der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses sei die Frage aufgeworfen worden, welche Auswirkungen von der internationalen Finanzkrise auf die Nord/LB zu erwarten seien.

Der Landrat weist zunächst darauf hin, dass eine kommunale Zuständigkeit hinsichtlich der Nord/LB nicht vorliege. Er könne nur das berichten, was in der einschlägigen Presse veröffentlicht werde.

Danach ist die Meldung vom vergangenen Freitag, die Nord/LB müsse unter den „Rettungsschirm des Bundes“ gehen, falsch. Nach eigenen Angaben bestehe für die Nord/LB aktuell keine Veranlassung zu einem solchen Schritt. Allerdings werde geprüft, ob eine Inanspruchnahme des Rettungspakets aus Wettbewerbsgründen zweckmäßig sein könnte.

2. Anfrage der Abg. Meyer vom 12. Nov. 2008

*„Anfragen zur Kreistagssitzung am 17-11-08 an Herrn Landrat Reuter in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied von Harz Energie*

*betrifft: Strompreiserhöhung ab 1-1-09 (Meldung um Harzkurier vom 12-11-08)*

*Der Strompreis soll sich nach Angaben von Harz Energie ab 1. Januar 2009 zwischen 0,95 Cent und 1,25 Cent pro Kilowattstunde erhöhen.*

*In einem Artikel an die Goslarsche Zeitung vom 15. August 2008 setzt sich die FDP-Ratsfraktion Goslar „für eine Anpassung der Strom- und Gaspreise an die regional verfügbare Wirtschaftskraft“ ein. Die Liberalen im Landkreis Goslar argumentieren, weitere Kostensteigerungen gefährdeten die Betriebe und damit die Arbeitsplätze in der Harzregion. Dabei habe der Energiekonzern E-on verkündet, dass die bereinigten Gewinne auch im ersten Halbjahr 2008 auf 5,8 Milliarden Euro gestiegen seien. Zwar, so die Goslarer Liberalen, seien die Rohstoffe ebenfalls teurer geworden, jedoch erhöhe sich die Gewinnmarge der in Deutschland tätigen Energiekonzerne in einem mittlerweile politisch nicht mehr vertretbaren Ausmaße.*

*Was werden Sie als Aufsichtsratsmitglied von Harz Energie gegen die angekündigten Strompreiserhöhungen unternehmen ?*

*Teilen Sie die Befürchtungen der Goslarer FDP-Ratsfraktion - welche die FDP-Kreistagsfraktion teilt, dass die Betriebe der gewerblichen Wirtschaft in der Harzregion (und damit auch im Landkreis Osterode), das Handwerk und vor allem die produzierenden, energieintensiven Branchen bis an den Rand der existentiellen Zumutbarkeit belastet werden ?*

*Teilen Sie die Befürchtungen, dass verbunden mit der allgemeinen Steuer- und Abgabenbelastung die weiter steigenden Stromkosten das verfügbare Einkommen der Privathaushalte deutlich verknappen werden ?*

*Helga Meyer*

*FDP-Kreistagsabgeordnete“*

Antwort:

Der Landrat weist zunächst darauf hin, dass er in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied der Harz-Energie GmbH gem. § 52 GmbHG i. V. m. §§ 116, 93 AktG einer Verschwiegenheitspflicht unterliege und für die Öffentlichkeitsarbeit der Harz-Energie GmbH der bestellte Geschäftsführer zuständig sei.

Sodann führt er aus, dass die hohen Gewinne der Energiekonzerne bei der Stromerzeugung und nicht beim Stromvertrieb gemacht würden, wobei die Netznutzungsentgelte durch die Bundesnetzagentur reguliert werden. Dies sei auch der Grund, warum sich die Konzerne E.ON und RWE teilweise von ihren Netzkapazitäten trennen wollen.

Die Beschaffungskosten für die Harz-Energie GmbH sind um 0,98 ct/kWh gestiegen und die Abgabe nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) schlägt nochmals mit 0,27 ct/kWh zu Buche. Diese Verteuerung um 1,25 ct/kWh (1,5 ct/kWh incl. MwSt.) führt zu einer Preisanhebung zwischen 0,95 und 1,25 ct/kWh (brutto). Die Kostenerhöhung wird nicht in voller Höhe an den Endverbraucher weitergegeben, sondern durch Kosteneinsparungen und Gewinnverzicht abgemildert. Der Wettbewerb auf dem Strommarkt sei inzwischen etabliert, und ein Wechsel zu einem anderen Anbieter sei möglich, wobei die Harz-Energie GmbH mit ihren Preisen immer noch im unteren Drittel angesiedelt sei. Von der Wechselmöglichkeit werde im Landkreis Osterode am Harz deshalb eher wenig Gebrauch gemacht.

Weiter führt der Landrat aus, dass man sich langfristig aufgrund der global steigenden Nachfrage nach Energie und der Verknappung der nichterneuerbaren Energieträger auf einen Preisanstieg einstellen muss, der die Einkommenssteigerungen übertreffen wird.

3. Anfrage des Abg. Hausemann zur Förderung der *Arbeitsgemeinschaft für Weltoffenheit und Demokratie* durch den Landkreis Osterode am Harz vom 28. Okt. 2008

Frage:

„1. *Wird oder wurde die so genannte Arbeitsgemeinschaft für Weltoffenheit und Demokratie vom Landkreis Osterode finanziell oder in sonstiger Hinsicht gefördert?*

1.1 *Wenn ja:*

1.1.1 *Wann wurde die Förderung bewilligt ?*

1.1.2 *Aus welchem Förderprogramm wurden die Mittel bewilligt ?*

1.1.3 *Auf welchen Betrag belief sie sich ?*

1.1.4 *Wie lautet der genaue Verwendungszweck ?*

1.1.5 *Wurde geprüft, ob die Mittel für diesen Verwendungszweck eingesetzt wurden?*

1.1.6 *Wie lautete das Ergebnis dieser Prüfung?*

- 1.2 *Ist eine weitere Förderung geplant ?*
- 1.2.1 *Wenn ja: Auf welchen Betrag beläuft sie sich ?*
- 1.2.2 *Wie lautet der genaue Förderungszweck ?*
- 1.2.3 *Aus welchem Förderprogramm werden die Mittel bewilligt ?*
2. *Ist dem Landrat bekannt, dass die so genannte Arbeitsgemeinschaft für Weltoffenheit und Demokratie sich ausweislich der auf ihrer Website dokumentierten Texte unter anderem explizit gegen die Partei DIE LINKE richtet ?*
- 2.1 *Wie bewertet der Landrat - auch angesichts des bevorstehenden Wahljahrs 2009 - den Vorgang, dass die so genannte Arbeitsgemeinschaft für Weltoffenheit und Demokratie, die von einem Kreistags- und Ratsmitglied der Partei Bündnis 90/Die Grünen gegründet wurde und geleitet wird, Steuergelder aus Fördermitteln beantragt, das die Arbeitsgemeinschaft mutmaßlich auch dafür nutzen wird, um öffentlich gegen die Partei DIE LINKE vorzugehen ?*
- 2.2 *Wie bewertet der Landrat insbesondere eine solche Verquickung gemeinnütziger Aufklärungsarbeit mit den parteipolitischen Interessen des Vorsitzenden der so genannten Arbeitsgemeinschaft für Weltoffenheit und Demokratie ?*
- 2.3 *Wie gedenkt der Landkreis Osterode zu verhindern, dass Fördermittel, die der so genannten Arbeitsgemeinschaft für Weltoffenheit und Demokratie vom Landkreis Osterode gewährt werden, für eine unzulässige Verknüpfung gemeinnütziger Aufklärungsarbeit gegen Extremismus mit parteipolitischen Interessen gegen die Partei DIE LINKE missbraucht werden ?*

*Mit freundlichen Grüßen*

*H.- Jürgen Hausemann, DIE LINKE.  
Kreistagsabgeordneter“*

Der Landrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Die Arbeitsgemeinschaft für Weltoffenheit und Demokratie wurde vom Landkreis Osterode am Harz nicht finanziell oder in sonstiger Hinsicht gefördert.

Zu 2:

Es ist bekannt, dass die Arbeitsgemeinschaft für Weltoffenheit und Demokratie sich sowohl gegen Rechts- als auch gegen Linksextremismus wendet. Auf ihrer Internetseite wird z.B. auf die Arbeit der Gedenkstätte in Hohenschönhausen gegen das DDR-Unrecht und die SED-Diktatur hingewiesen. Dies bezeichnet der Landrat als begrüßenswert, weil der Kampf gegen Rechtsextremismus Glaubwürdigkeit daraus beziehen kann, dass er sich mit der linksextremen Diktatur ebenfalls auseinandersetzt.

Zu 2.1:

Da entsprechende Vorgänge nicht bekannt sind, könne auch keine Bewertung erfolgen.

Zu 2.2:

Dass sich Mitglieder demokratischer Parteien gegen Extremismus jeder Art engagieren, sei zu begrüßen und sollte eigentlich selbstverständlich sein. Das gelte auch und besonders für Kreistagsabgeordnete.

Zu 2.3:

Jeder Projektantrag im Rahmen des Bundesprogramms „Jugend für Vielfalt“ wird durch den Begleitausschuss sorgfältig geprüft, insbesondere darauf, dass Fördermittel ausschließlich für den Maßnahmezweck verwendet werden.

Abschließend spricht der Landrat den Appell an alle demokratischen Kräfte aus, gemeinsam gegen politischen Extremismus, insbesondere gegen den Rechts-Extremismus, vorzugehen. Das Beispiel der Weimarer Republik habe gezeigt, dass Uneinigkeit als Wegbereiter für extremistische Ziele dienen könne.

Punkt 15:

Einwohnerfragestunde

Von der Einwohnerfragestunde wird kein Gebrauch gemacht.

Um 17.40 Uhr schließt die Vorsitzende die öffentliche Sitzung des Kreistages.

*gez.*  
*Helga Klages*

Vorsitzende

*gez.*  
*Bernhard Reuter*

Landrat

*gez.*  
*Jörg Schattenberg*

Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Kreistages am 15. Dezember 2008 unter Berücksichtigung der folgender Änderung:

Auf Seite 10 Abs. 3 der Niederschrift ist die Bezeichnung „Frankfurter Neue Presse“ durch die Bezeichnung „Neue Presse“, Hannover, zu ersetzen.



**Haushalt mit Augenmaß**  
**Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2009**  
**im Kreistag am 17.11.2008 durch Landrat Bernhard Reuter**  
- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Der Haushaltsentwurf 2009 beinhaltet drei zentrale Botschaften:

- 1. Botschaft: Wir bleiben konsequent auf dem Konsolidierungspfad.**
- 2. Botschaft: Wir verfolgen unsere strategischen Ziele.**
- 3. Botschaft: Wir helfen denen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.**

Diese drei zentralen Botschaften stelle ich in den Mittelpunkt meiner Ausführungen, weil sie uns, weil sie die Verwaltung bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfes geleitet haben. Sie sollten auch in der Beratung mit Ihnen nach meiner Auffassung im Mittelpunkt stehen.

Was ich Ihnen heute weitgehend erspare, sind grundsätzliche Ausführungen zum Thema Neues Kommunales Rechnungswesen. Das ist inzwischen kein Neuland mehr für Sie; ich war ja im letzten Jahr sehr ausführlich auf das Thema Doppik eingegangen.

Noch eingehender hatte ich Jahr für Jahr die Zusammenhänge, die Tendenzen, die Probleme der Kommunalfinanzen im Allgemeinen und die des Kommunalen Finanzausgleiches im Besonderen in ihren Auswirkungen auf den Landkreis Osterode am Harz dargestellt. Wenn ich darauf in diesem Jahr verzichte, dann nicht etwa aus dem Grund, dass die Klagen nicht nach wie vor berechtigt wären. Denn nach wie vor ist der Finanzausgleich unzureichend, und nach wie vor er ist wegen der Einwohnerverteilung ungerecht gegenüber Kommunen in strukturschwachen ländlichen Räumen. Aber ständige Wiederholung bringt auch keinen Erkenntnisgewinn.

Schließlich will ich Sie auch nicht über Gebühr mit Zahlensalat aus den Teilhaushalten des Ergebnishaushaltes und des Finanzhaushaltes konfrontieren. Ich will Ihnen vielmehr die großen Linien dieses Haushaltsentwurfes nachzeichnen und komme damit zu den schon erwähnten zentralen Botschaften.

**Botschaft Nr. 1: Wir bleiben konsequent auf dem Konsolidierungspfad.**

Mit dem Haushaltssicherungskonzept 2008 hatten wir uns vorgenommen, zumindest im Jahr 2013 wieder einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Für 2009 ist eine Absenkung des Fehlbetrages im Ergebnishaushalt auf 3.568.900 € Konsolidierungsziel. Dieses Ziel haben wir mit dem Haushaltsentwurf 2009 nicht nur erreicht, sondern deutlich übertroffen: 2,7 Mio. Euro Fehlbetrag, exakt: 2.708.200 Euro, bedeutet eine Ergebnisverbesserung gegenüber dem Konsolidierungsziel von 860.700 Euro.

Gegenüber 2008 beträgt die Ergebnisverbesserung knapp 820.000 Euro. Sie kommt sowohl aus höheren Erträgen als auch aus geringeren Aufwendungen zustande. Bei den Ertragssteigerungen drückt sich aufgrund des Verzögerungseffektes der Kreisumlage und der FAG-Leistungen die noch gute wirtschaftliche Entwicklung der Vergangenheit aus. Für den Haushalt 2010 wird die Einnahmesituation des gegenwärtigen Quartals und des Jahres 2009 entscheidend und wegen der beginnenden Rezession mit Sorgen verbunden sein. Insofern darf auf keinen Fall vom Konsolidierungskurs abgewichen werden, weder bei den Erträgen noch bei den Aufwendungen.

In diesem Zusammenhang muss dann doch folgender Satz zum Thema Kommunalfinzen gesagt werden: Ohne den Zinsaufwand für die aufgelaufenen Kassenkredite hätten wir den Ausgleich schon jetzt annähernd erreicht; dies zeigt, wie kurzfristig die Politik des Landes war, die durch den Vorrang der eigenen Haushaltskonsolidierung billigend in Kauf genommen hat, dass die Kommunen Milliardendefizite in den letzten Jahren anhäufen mussten.

Gleichwohl – es ist Licht am Horizont erkennbar; 2010 ist nicht nur mit einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt, sondern sogar mit einem geringen Überschuss zu rechnen, jedoch nur dann, wenn die Erträge aus allgemeinen Zuweisungen entsprechend dem Orientierungsdatenerlass des Landes ansteigen werden. Weitere Voraussetzungen sind, dass das Kreisumlageaufkommen gleich bleibt, also nicht noch weiter absinkt, und wir konsequent am Weg der eingeschlagenen Konsolidierung festhalten. Erreichen wir den Ausgleich, können wir feststellen, dass wir dann nicht mehr - wie seit sieben Jahren – von der Substanz leben, sondern unsere Netto-Position (Eigenkapital) verbessern.

Einen Schritt nach vorn haben wir bei den Investitionskrediten im Rahmen des Finanzhaushaltes getan. Hier gelingt eine Entschuldung in Höhe von 900 T€. Schon jetzt will ich aber darauf hinweisen, dass das im nächsten Jahr in dieser Größenordnung nur schwer erreicht werden wird, weil die bisherige Investitionsbindung der FAG-Leistungen in Höhe von 12,3% aufgehoben und insoweit sich der Investitionshaushalt in der Einzahlung zugunsten des Ergebnishaushaltes um 2,5 Mio. Euro verschlechtern wird. Ob eine annähernde Kompensation durch Finanzmittelüberschüsse aus der laufenden Verwaltung möglich sein wird, bleibt abzuwarten.

An der Entschuldung von 900T€ ist bemerkenswert, dass dazu der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 581.600 € beiträgt. Unter dem Strich bleibt jedoch im Finanzhaushalt ein negativer Zahlungsmittelbestand (4,1 Mio. €) – auch im Finanzplanungszeitraum -, der durch Liquiditätskredite zu decken ist.

## **Botschaft Nr. 2: Wir verfolgen unsere strategischen Ziele.**

Der Kreistag hat am 9. Juni 2008 vier strategische Oberziele beschlossen. Sie werden in den nächsten Jahren immer stärker die politischen Prioritäten bestimmen. Erste Spuren sind schon jetzt erkennbar. Zwei der vier Oberziele sind im Grunde Bildungsziele, wobei wir sehr früh einsetzen, nämlich mit der Geburt. Diese strategische Schwerpunktsetzung hat ihre Berechtigung darin, dass die Bedeutung der Bildung für die Entwicklung des Einzelnen wie für die einer Region auf der Hand liegt. Eigentlich alle gravierenden sozialen Probleme, Arbeitslosigkeit, Armut, Vernachlässigung in Familien, mangelhafte Integration und Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, Suchtverhalten, aber auch Probleme der Wirtschaft, wie Fachkräftemangel, lassen sich nachhaltig nur durch mehr Bildung, mehr Beteiligung an Bildung, gerade von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Milieus, lösen. Wir wissen, dass wir nur ein Akteur unter vielen sind, und genau betrachtet, sind wir nicht einmal der wichtigste. Dies gilt insbesondere für die Arbeit an den Schulen, die wir nicht wirklich steuern können, besonders wenn nur wenig Veränderungsbereitschaft festzustellen ist. Trotzdem treffen uns aber die Folgen, wenn beispielsweise die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss überdurchschnittlich hoch ist. Unter diesen Gesichtspunkten muss die Arbeitsteilung an den Schulen unter dem Stichwort „mehr kommunaler Einfluss“ geführt werden.

Schon jetzt können wir aber sehr wohl an vielen Schulen ja auch vorhandene positive Entwicklungen durch unser Engagement stärken. Deshalb haben wir Projekte, wie die Region des Lernens, das Unterstützungsprogramm für Hauptschulen, das PRINT-Projekt, das jetzt NIKO - Niedersächsisches Kooperations- und Bildungsprojekt - heißt, aufgelegt, zumal es mit der Landesförderung auch eine finanzielle Unterstützung gibt. Im vor- und außerschulischen Bereich nenne ich das Kinderservicebüro. Die Kosten für alle diese Projekte, die eng mit unseren strategischen Zielen verbunden sind, finden Sie im erforderlichen Umfang voll etatisiert.

Auch bei der Investitionstätigkeit spielen die Schulen eine bedeutende Rolle, ohne Aufgaben, wie Erhaltung der Infrastruktur und Investitionen in Sicherheit, zu vernachlässigen.

Ein weiteres strategisches Oberziel, die engere Kooperation mit der gemeindlichen Ebene, dient eher der Haushaltskonsolidierung. Hier soll sozusagen das Geld generiert werden, mit dem wir die Bildungsziele noch stärker voran bringen können. Ich will an dieser Stelle noch einmal an den Kooperationswillen der Städte und Gemeinden appellieren, gerade unter dem Eindruck der demografischen Entwicklung.

Wenn wir jetzt noch 80.000 Einwohner im LK haben und wissen, das geht immer weiter zurück in den nächsten Jahrzehnten, ganz sicher auf 70.000, wenn sich die demografischen Daten, also vor allem die Geburtenrate, nicht ändert, auch weiter, dann ist doch eines klar: LK und Gemeinden können sich nicht nebeneinander 8 Personalämter, 8 Kämmereien, 8 Bauverwaltungen, 8 Ordnungsämter usw. leisten. Nun weiß ich auch, dass es sich hierbei um das Bohren dicker Bretter handelt, weil es viele Leute mit Beharrungsinteresse gibt. Also ist Geduld und Beharrlichkeit gefragt. Es gibt aber im nächsten Jahr ein paar Chancen, die man nutzen sollte, zum Beispiel in gemeindlichen Aufgabenbereichen, in denen Personalfluktuationen anstehen. Ich bin bereit, diese Aufgaben zu übernehmen, und zwar - ähnlich wie bei der Stadt Bad Sachsa bei der Aufgabe Vollstreckung - mit Kostenentlastungswirkung auch für die städtische Ebene.

Gegenwärtig ist die Verwaltung dabei, die strategischen Oberziele zu kommunizieren und implementieren. Der nächste Schritt ist dann, die Produktziele an der Strategie auszurichten. Noch hat unser Produktbuch eher den Charakter von Arbeitshypothesen. Dies soll sich im Produktbuch 2010 anders darstellen. Ich halte es für sehr wichtig und biete den Fraktionen ausdrücklich an, dass sie sich in den Prozess der Entwicklung von Produktzielen einbringen. Auf welchen Wegen dies möglich ist, werden wir im Kreisausschuss erörtern und festlegen.

### **Botschaft Nr. 3: Wir helfen denen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.**

Immer stärker ist der Landkreis mit seinen Kompetenzen für Soziales und für Jugend gefordert. Dies sprengt schon fast unsere Leistungsfähigkeit. Dennoch kommen wir unserer Pflicht zur sozialen Sicherung nach und leisten einiges darüber hinaus freiwillig. Allen, die meinen, der Landkreis tue nicht genug im sozialpolitischen Bereich, allen die angeblichen Sozialabbau beklagen, sollten sich die Fakten anschauen. Die belegen, beim Landkreis findet kein Sozialabbau statt, sondern das Gegenteil ist der Fall: Unser soziales Engagement ist Jahr für Jahr gestiegen, personell, aber auch finanziell.

Zu den Pflichtaufgaben:

Beim Produkt Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden wir im nächsten Jahr mit 4,6 Mio. Euro etwa 450 T€ mehr für bedürftige ältere und erwerbsgeminderte Menschen ausgeben. Dies entspricht einer Entwicklung, die seit der Einführung dieser Leistungsart zu beobachten ist.

2005: 1,4 Mio.€

2006: 2,1 Mio.€

2007: 4,0 Mio.€

2008: 4,2 Mio. Euro. Unsere Leistungen haben sich also seit 2005 mehr als verdreifacht.

Für behinderte Menschen werden wir im Rahmen der Eingliederungshilfe 14,5 Mio. Euro und damit 740 T€ mehr als in diesem Jahr bereitstellen, bekommen diese Mittel allerdings im Grundsatz im Rahmen des Quotalen Systems erstattet.

Für Langzeitarbeitslose werden wir an eigenen Mitteln für Wohnen und Heizen im nächsten Jahr 10,5 Mio. Euro aufwenden, in diesem Jahr waren es 9,6 Mio. Euro, also rund 900 T€ mehr. Auch hier kennt die Entwicklung – von einem Rückgang im Jahre 2007 abgesehen - nur eine Richtung:

2005: 7,8 Mio.€

2006: 9,8 Mio.€

2007: 9,1 Mio.€

2008: 9,6 Mio. €

2009: 10,5 Mio. € ; also in 5 Jahren 34% Mehrleistung für Langzeitarbeitslose in unserem Landkreis, obwohl die Anzahl der Arbeitslosen gesunken ist.

Rechnen wir nur diese drei großen sozialen Leistungen zusammen, so wird deutlich: Der Landkreis stellt für die bedürftigen Menschen im nächsten Jahr 2 Mio. Euro mehr zur Verfügung, als noch in diesem Jahr. Ich bin der Meinung, dass dies auch notwendig ist. Aber eines ist auch klar: Wer angesichts dieser Fakten von sozialer Kälte oder Sozialabbau redet, leidet unter Realitätsverlust.

Seit vielen Jahren steigen auch die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Vor 10 Jahren – 1999 – betragen sie 4,1 Mio. €. Seitdem haben wir unsere Leistungen in diesem Bereich angesichts der vielen Problemlagen in den Familien verdreifacht, verdreifachen müssen.

Für 2009 haben wir 11,4 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt. Das sind gegenüber 2008 zwar 640 T€ weniger, liegt aber noch über dem Leistungsniveau von 2007 (ca. 11,0 Mio. €).

Ob die Begrenzung der Kostensteigerung gelingt, müssen wir abwarten. Oft genügt schon der Zuzug weniger Familien mit Unterstützungsbedarf, mit dem man den Strukturen des Wohnungsmarktes im LKO immer rechnen muss, um das Budget zu sprengen. Denn letztlich muss die Fürsorge für die Kinder immer Vorrang vor Budgetzielen haben. Die traurigen Fälle der letzten Jahre, z.B. in Bremen oder Schwerin, haben dies gezeigt.

Im Bereich der freiwilligen Leistungen setzen wir darüber hinaus wichtige Akzente: Als Beispiel möchte ich das Seniorenservicebüro, mit dem wir auf verstärkten Informations- und Beratungsbedarf älterer Menschen aufgrund der demografischen Tendenzen reagieren, nennen, oder das Kinderservicebüro, oder die Förderung der Hauptschüler, auf die ich in anderen Zusammenhängen schon eingegangen bin.

Für sozialen Zusammenhalt zu sorgen, ist heute wieder eine Schlüsselaufgabe. Das geht aber nicht allein durch Sozialtransfer, also nicht allein durch mehr Geld an die Bedürftigen. Wir müssen an den Ursachen ansetzen. Wenn wir nachhaltig die Probleme lösen wollen, dürfen wir nicht zulassen, dass die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss so hoch bleibt. Denn wer nicht einmal einen Schulabschluss hat, der hat auch keine Chancen in der Berufsausbildung, und die Chancen auf einen Arbeitsplatz sind schlecht. Lebenslang! Es droht ein Leben auf dem Abstellgleis. Das zu verhindern, darauf müssen wir alle Aufmerksamkeit richten, und das ist viel, viel wichtiger als 10 Euro Kindergeld mehr.

Für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland insgesamt muss noch viel mehr zum Thema werden, wie sehr sich die Regionen auseinanderentwickeln. Reiche Wachstumsregionen auf der einen Seite – Armutsregionen auf der anderen Seite, und zwar nicht nur in Großstädten, sondern mehr und mehr auch im strukturschwachen ländlichen Raum. Das Leitbild unseres GG, gleichwertige Lebensverhältnisse anzustreben, gerät unter die Räder. Die soziale Frage ist zugleich auch eine Frage des regionalen Ausgleiches. Diesen Zusammenhang muss der Bund und müssen die Länder viel stärker in den Fokus ihrer Struktur- und Finanzpolitik nehmen.

Was müssen wir beachten, um auch in Zukunft im Bereich der Sozialen Sicherung leistungsfähig zu bleiben und zugleich die strategischen Ziele umsetzen zu können? Wir müssen vor allem die nachhaltige finanzielle Handlungsfähigkeit des Landkreises im Auge behalten. Für großzügige Ausgaben abseits der strategischen Fokussierung und abseits der Pflichtaufgaben gibt es nach wie vor keine Grundlage. Erst muss der Haushaltsausgleich geschafft sein, danach müssen die Kassenkredite abgebaut werden. Das Gleiche gilt für die Einnahmeseite, nach wie vor müssen wir alle Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen, so auch die Vorgabe der Kommunalaufsicht.

Zur Erinnerung: nach § 15 NFAG ist eigentlich vorgesehen, dass die Kreisumlage so hoch festgesetzt wird, dass der Haushaltsausgleich erreicht wird. Dies würde eine Anhebung der **Kreisumlage** um 4,6 Punkte bedeuten. Die schlage ich Ihnen dennoch auch in diesem Jahr nicht vor. Meine Prognose im letzten Jahr war, dass sich die Verhältnisse beim Landkreis auf der einen Seite und bei den Gemeinden in der Summe auf der anderen Seite angleichen werden, nachdem in den Jahren bis 2006 sich ständig einseitige Belastungen des Landkreises ergeben haben. Dies ist so eingetreten. Damit ist der Verzicht auf eine Erhöhung vertretbar. Ich hoffe, die Kommunalaufsicht, die ja an anderer Stelle massiv auf Erhöhung der Hebesätze drängt, sieht das auch so, obwohl das Kreisumlageaufkommen um mehr als 1,5 Mio. € zurückgeht. Die Ausfälle resultieren aus erheblichen Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer der Stadt Osterode und der Gemeinde Walkenried.

Man muss kein Prophet sein, um zu wissen, dass uns eine schlimme Rüttelstrecke bevorsteht, in der Wirtschaft, wahrscheinlich auch auf den Arbeitsmärkten. Deshalb ist es richtig, im Augenblick, ich betone: im Augenblick, also nur befristet, **Investitionen** den Vorrang vor noch weitergehenden Konsolidierungs- und Entschuldungszielen zu geben. Nach dem Schutzschirm für die Banken will die Politik einen Schutzschirm für Arbeitsplätze. Das ist gut. Wir helfen dabei mit unseren Investitionen. Besser wäre es, noch stärker zu investieren, vor allem dort, wo es bei anderen Zielen hilft, also z.B. energiesparende Maßnahmen. Dem steht die Forderung der Kommunalaufsicht entgegen, Kredite abzubauen.

Zunächst müssen wir abwarten, wie die Maßnahme im Paket der Bundesregierung, energiesparende Investitionen für finanzschwache Kommunen zu fördern, konkret ausgestaltet ist. Danach werden wir entscheiden, ob und in welchem Umfang wir uns beteiligen können.

Aber auch so kann sich unser Investitionshaushalt mit einem Volumen von 7,3 Mio. Euro sehen lassen.

Wir fokussieren die Investitionen genau auf die Bereiche, deren strategische Bedeutung wir erkannt und Sie im Juni beschlossen haben.

Die Schwerpunkte bleiben deshalb wie im Vorjahr die Bereiche, die für die Zukunftssicherung erforderlich sind:

Fast 95 % des investiven Hochbaues fließen in die Schulgebäude; hinzu kommen die mit diesen Investitionen verbundenen Investitionen in Einrichtungsgegenstände sowie die Anschaffung von beweglichen Vermögensgegenständen, so dass ein hoher Investitionsbetrag von 2,2 Mio. Euro unseren Schulen zur Verfügung steht. Besonders erwähnen möchte ich die Mensa an der Förderschule Wartbergschule. Damit soll nicht nur die Mittagsverpflegung an dieser Schule sichergestellt werden. Vor allem wird ein bemerkenswertes pädagogisches Konzept umgesetzt, das die Schule entwickelt hat. Es sollen nämlich nicht Dritte für die Schüler kochen, sondern Schülerinnen und Schüler kochen selbst. Dies ist bei den Förderschülern besonders wichtig, weil wir wissen, dass gerade bei sozial schwachen Familien oft nicht mehr gekocht wird, sondern Fast Food eine große Rolle spielt und damit auch das Familienbudget unnötig strapaziert wird. Wenn wir dies ändern wollen, müssen wir dafür sorgen, dass die Kinder kochen lernen, dass sie wissen, wie man sich gesund ernährt, und sie es als selbstverständlich empfinden, das Essen selbst zuzubereiten.

Wir wollen auch sonst unseren Beitrag leisten, die Schulen in Kreisträgerschaft und deren Schulgebäude zu verbessern. Deshalb setzen wir auch bei der Bauunterhaltung die Schwerpunkte in den Schulen. Von 1,7 Mio. Euro Bauunterhaltungsmittel fließen 1,3 Mio. Euro an die Schulen.

Ein hoher Bedarf besteht auch beim Kreisstraßenbau. Dem kommen wir nach mit einem Investitionsvolumen von 1,2 Mio. Euro. Das wichtigste Sanierungsvorhaben ist die K 6 im Abschnitt zwischen dem Auekrug und Hattorf. Mit einer Verpflichtungsermächtigung soll sichergestellt werden, dass der Ausbau, der wegen der Streckung der GVFG-Mittel nicht in einem Jahr erfolgen kann, möglichst in einem Zuge erfolgt.

Schließlich möchte ich noch den dritten großen Investitionsbereich nennen: die Wirtschaftsförderung mit der Fortsetzung des Förderprogramms für die mittelständische Wirtschaft, dem Regionalisierten Teilbudget mit 1,2 Mio. Euro. Dieser Betrag steht für KMU auch im nächsten Jahr zu Verfügung, wenn diese nachhaltig investieren wollen und damit Beschäftigung sichern oder neue Arbeitsplätze schaffen. In diesem Jahr war das Programm ein großer Erfolg. Es ist stark nachgefragt worden und von den Investoren wegen der Flexibilität und der schnellen Bearbeitung in meinem Hause gelobt worden. Ob das hohe Investitionsinteresse auch im nächsten Jahr - vermutlich unter den Bedingungen einer Rezession - anhalten wird, werden wir sehen. Jedenfalls stehen wir bereit und tun mit unseren Ressourcen das Mögliche, um einen Beitrag gegen ein Abrutschen in eine tiefe Rezession und einen um sich greifenden Pessimismus zu leisten. Ich appelliere aber auch an die Unternehmer und Gewerkschaftler, alles zu tun, um ein hohes Beschäftigungsniveau auch in der Krise zu erhalten. Dafür gibt es, das weiß ich, Grenzen. Dennoch sollte jeder Betrieb das Interesse haben, die Beschäftigten so lange wie möglich zu halten. Die Betriebe werden sie noch brauchen.

### **Stellenplan / Personalkosten:**

Was wir für die Wirtschaft fordern, müssen wir gegen uns erst recht gelten lassen. Zukunftsorientierung ist deshalb auch der wichtigste Grundsatz, an dem wir die Leitlinien der Personalpolitik beim Landkreis ausrichten. Das bedeutet konkret: Wir scherem nicht alles über einen Kamm. Es gibt keine pauschale Personalreduzierung um jeden Preis, aber es gibt auch keine Garantie, dass jede Organisationseinheit ihren Personalstand halten darf.

Im Grundsatz gilt die Ansage von 2002 weiter, dass zusätzliches Personal vermieden werden muss. Aber es gibt Ausnahmen: In strategischen Bereichen, z.B. bei Bildungsprojekten, ist es sinnvoll und langfristig auch kostensparend, zusätzliches Personal einzustellen. Auch dort, wo wir mit mehr Personal Geld verdienen und nicht ausgeben oder wo uns die Personalkosten von anderen erstattet werden, weichen wir vernünftigerweise von der ansonsten restriktiven Personalpolitik ab. Umgekehrt sparen wir Stellen in nicht strategischen Funktionen ein. Wenn es vertretbar ist, verzichten wir auf eine Wiederbesetzung. Dies tun wir auch und vor allem in herausgehobenen Funktionen, beispielsweise bei dem Wegfall der Stelle des ehemaligen FBL II.



Zukunftsorientierte Personalpolitik betreiben, heißt aber auch, auf nachhaltige Qualitätsentwicklung zu achten. Deswegen sieht der Stellenplan auch Beförderungen vor. Denn wer gute und immer bessere Leistungen will, muss auch entsprechend bezahlen.

Auf den ersten Blick steigen die Personalkosten um 770.000 Euro, davon sind aber 640.000 Euro strukturell bedingt, z.B. Tariferhöhungen, weitere 100 T€ sind durch Mehreinnahmen gedeckt, z.B. in der Bußgeldstelle und im HEZ, es verbleiben echte Mehrkosten von nur 33.800 Euro, das sind nicht einmal 0,2 % Personalkostensteigerung.

Ich bin sehr gespannt, ob in der Haushaltsdebatte aus Teilen des Kreistages - wie in den letzten Jahren - massiv und ohne jedes Augenmaß Personalabbau gefordert wird. So mancher hier im Kreistag hat ja schon einmal jede 3. Stelle für überflüssig und durch EDV ersetzbar gehalten, allerdings ohne dabei konkret zu sagen, welche er damit meint, wen ich denn besser heute als morgen auf die Straße setzen soll. Nun erleben wir eine Renaissance des öffentlichen Dienstes. Plötzlich kapieren die eifrigsten Deregulierer der letzten Jahre, was die Folgen des Verzichtes auf staatliche Regulierung sind: nicht mehr Wirtschaftswachstum, nicht mehr Beschäftigung, sondern Finanzkrise und Rezession. Wenn wir vor wenigen Wochen ganz hart am Kollaps der Weltwirtschaft gestanden haben und der nur durch entschlossenes staatlichen Handeln verhindert wurde, so ist klar geworden: Märkte können auch versagen mit entsetzlichen Folgen. Deswegen ist die Aussage, für die man noch vor einem Jahr als Etatist und Wachstumsfeind beschimpft wurde, heute weitgehend Konsens: Auf allen Ebenen – international, national und kommunal – wird für die Entfaltung eines nachhaltig funktionierenden Wettbewerbs ein ordnungsrechtlicher Rahmen benötigt, der ohne entsprechendes Personal nicht funktionieren kann - genug Personal und vor allem gut qualifiziertes Personal.

Ich bin froh darüber, dass der Landkreis Osterode immer die Balance gehalten hat zwischen notwendiger Regulierung und hinreichender Aufsicht auf der einen Seite und sinnvoller Entbürokratisierung auf der anderen Seite. In der Krise zeigt sich, dass der am besten beraten war, der sich das zu Herzen genommen hat, was Max Weber in seiner berühmten Antrittsvorlesung an der Münchener Universität schon im Jahr 1919 als zentrale Anforderung an Politik gefordert hat:

**Augenmaß als notwendige persönliche Distanz zu Dingen und Menschen.**

Die Dinge mit Augenmaß entscheiden, das ist auch der Grundsatz des **Haushaltssicherungskonzepts**.

Es ist auf dem Niveau 2008 fortgeschrieben worden; einige Maßnahmen erforderten eine Anpassung, neue Maßnahmen meldeten die Organisationseinheiten, die sämtlich ohne Übertreibungen nach bestem Wissen geschätzt wurden. Die Fortschreibung ergibt ein zusätzliches Konsolidierungspotenzial von etwas mehr als 300 T Euro, so dass insgesamt in 2009 ein Einsparvolumen von 1,9 Mio. Euro nachgewiesen werden kann. Dieser Betrag ergibt sich nicht zusätzlich, sondern ist bereits grundsätzlich in den Haushaltsansätzen berücksichtigt. Solange der Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen ist, sind wir verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Wenn sich die Prognosen erfüllen, werden wir 2010 von dieser Verpflichtung befreit sein, was natürlich nicht heißt, dass wir den Konsolidierungskurs verlassen können. Noch dürfen wir selbst entscheiden, an welcher Stelle und in welcher Höhe wir sparen. Wenn erst das Innenministerium mit Beanstandungen oder gar Versagungen auf unsere Haushaltssatzung reagiert, ist es zu spät. Deshalb bitte ich Sie, den schwierigen Weg der Haushaltskonsolidierung mit zu tragen, damit das Ziel, ausgeglichene Haushalte vorzulegen, erreicht werden kann.

Ich lege Ihnen heute einen Haushaltsentwurf mit Augenmaß vor, der Schwerpunkte setzt bei unseren strategischen Zielen, der die nicht im Regen stehen lässt, die wirksamer Hilfe bedürfen, und der trotzdem auf dem verabredeten Konsolidierungspfad bleibt. Ich bitte Sie, zügig zu beraten, sich dabei auf die wesentlichen Punkte zu konzentrieren, vor allem schnell zu entscheiden, damit wir nach der Haushaltsgenehmigung zügig mit den Investitionsentscheidungen Impulse für die Wirtschaft, für die Sicherung von Beschäftigung leisten können. Diese Signale sind jetzt wichtig, je eher desto besser.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.